

Qualität vor Billigpreis: WKÖ bekennt sich zu einer nachhaltigen, öffentlichen Beschaffung

Beschluss eines nationalen Aktionsplans; Best- löst Billigstbieterprinzip ab

Der Ministerrat hat per 20.07.2010 den nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung beschlossen. Mit ebendiesem wird das Billigstbieter- vom Bestbieterprinzip abgelöst. Die öffentliche Hand gibt damit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen den Vorrang vor Billigerzeugnissen. Die Maßnahmen des Aktionsplans seien "ein wichtiger Anreiz für unsere rot-weiß-roten Unternehmen, in zukunftsweisende Technologien zu investieren", so die Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich.

Mit dem Nationalen Aktionsplan werden erstmals konkrete Umwelt-, soziale und wirtschaftliche Kriterien für die öffentliche Auftragsvergabe in Österreich festgelegt. Seit 2002 enthält das Gesetz schon die politische Forderung nach Umwelt und Sozialkriterien, ohne diese aber zu spezifizieren. Damit blieb die Bestimmung mehr oder weniger totes Recht. Der Aktionsplan schreibt Entscheidungskriterien für 16 Beschaffungsgruppen vor, die von Reinigungsmitteln und -dienstleistungen über Möbel und Kfz bis zum Hoch- und Tiefbau reichen. Darüber hinaus soll in der öffentlichen Beschaffung das Total Cost of Ownership- Prinzip zur Anwendung kommen. Dies bedeutet konkret, dass nicht alleine die Beschaffungskosten bewertet werden, sondern auch die Ausgaben für Gebrauch, Betrieb, Entsorgung und Recycling der Produkte.

Ausnahmeregel wahrt Geschäftschancen für KMU

Damit der Aktionsplan Klein- und Mittelunternehmen nicht belastet, gibt es in KMU-relevanten Bereichen Ausnahmeregelungen für Sonder- und Kleinstbeschaffungen um die Geschäftschancen von Nahversorgern und KMU in den Regionen zu wahren.

Der Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung schaffe eine mehrfache Win-Win-Situation: "Sowohl der Staat als Wirtschaftsstandort als auch die Umwelt profitieren von neuen, nachhaltigen und innovativen Produkten und Dienstleistungen im Dienste der öffentlichen Hand", so die WKÖ-Generalsekretärin abschließend.

Quelle: APA OTS vom 20.07.2010